

Die Politik von Washington muß unweigerlich zur Verelendung, zum Abstieg und schließlich zur Vernichtung des deutschen Volkes führen. Das deutsche Volk stellt aber trotz der aufgezwungenen Spaltung eine Nation dar, die sehr wohl imstande ist, die Abwehrkräfte hervorzubringen, die eine solche Entwicklung in Deutschland niemals zulassen werden. In fester Freundschaft mit allen friedliebenden Menschen verbunden, schöpfen die deutschen Patrioten ihre Kraft aus dem großen Reservoir der deutschen Kultur und der deutschen Sprache, aus der Gemeinschaft des Territoriums, des Wirtschaftslebens und aus der psychischen Eigenart des deutschen Volkes.

Diese Quellen des echten und friedlichen Nationalbewußtseins der Deutschen sind unzerstörbar. Sie sind stark genug, um bei Entfaltung kluger Kampfmethoden die Masse des deutschen Volkes für ihre Interessen zu mobilisieren. Das Programm der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, die Entfaltung des nationalen Widerstandes gegen den amerikanischen und deutschen Imperialismus und die Förderung und Entwicklung des Nationalbewußtseins ist auch das Programm der Deutschen Demokratischen Republik. Von hohem Verantwortungsbewußtsein für die Zukunft des deutschen Volkes getragen, hat ihre Regierung jede Möglichkeit ausgenutzt, um eine Verständigung der Deutschen zwischen Ost und West zu erreichen. Sie ist sich bei ihren Bemühungen um die Herstellung der deutschen Einheit auf friedlichem Wege der Zustimmung des ganzen deutschen Volkes bewußt.

Die Volksbefragung gegen Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages hat gezeigt, daß es für jeden denkenden Deutschen klar ist, daß die Vorbereitung oder die Teilnahme an einem dritten Weltkrieg nichts anderes als das Ende der deutschen Nation bedeuten würde.

In der Deutschen Demokratischen Republik haben bei einer Wahlbeteiligung von mehr als 99 Prozent fast 96 Prozent gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages im Jahre 1951 gestimmt. Das zeigt die wahre Stimmung des deutschen Volkes überall da, wo es unbehindert seinen Willen zur Frage der Remilitarisierung zum Ausdruck bringen kann.

Die über 12,5 Millionen Stimmen in der Deutschen Demokratischen Republik gegen die Remilitarisierung bleiben nicht ohne Einfluß auf die gesamte Entwicklung Deutschlands. Diese 12,5 Millionen Stimmen werden die Zukunft Deutschlands entscheidend beeinflussen.

Auch in Westdeutschland haben überall, wo eine Volksabstimmung möglich war, 80 bis 90 Prozent der Bevölkerung ihre Stimme gegen die Remilitarisierung abgegeben. Die überwiegende Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung ist gegen die Remilitarisierung. Aus diesem Grunde wurde von der Bonner Regierung die Volksbefragung verboten und damit die gültige Verfassung, das Bonner Grundgesetz, gebrochen. Die Unrechtmäßigkeit und Verfassungswidrigkeit dieses Verbotes wurde von zahlreichen namhaften Juristen und Gerichtsurteilen in Westdeutschland einwandfrei nachgewiesen.

Alle Bemühungen der Regierung und Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, die in mehrfachen Angeboten gipfelten, Beratungen über die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates einzuleiten, wurden von Adenauer und dem Bundestag abgelehnt. Auf Befehl der USA-Imperialisten wurden in dieser Ablehnung Meinungsverschiedenheiten in den Vordergrund gestellt mit der Absicht, jede Verständigung zu unterbinden.

Die Politik der Deutschen Demokratischen Republik wurde von dem Bestreben geleitet, angesichts der drohenden Gefahr für das deutsche Volk jede Möglichkeit zu einer Verständigung der Deutschen auszunutzen. Adenauer und der westdeutsche Bundestag aber wandten sich am 9. März 1951 hilflos an die vier Großmächte. Sie stellten sich auf den gefährlichen und falschen Standpunkt, daß die Lösung der lebenswichtigen Fragen der deutschen Nation von außen her zu erwarten ist. Die Schaffung der Einheit Deutschlands ist aber in erster Linie eine Angelegenheit der Deutschen selbst.

Die Politik der drei Westmächte beweist, daß sie kein Interesse an der Beseitigung der politischen Spannung in Europa besitzen, sondern im Gegenteil, die Spannung in Europa und die Spaltung Deutschlands ist die Voraussetzung für die Erfüllung der amerikanischen Politik. Die Spaltung Deutschlands wird auch durch die Washingtoner Konferenz nicht beseitigt, sondern verstärkt und vertieft. Die Verständigung der Deutschen wird von den Westmächten verhindert, da sie die Grundlagen ihrer aggressiven Politik in Deutschland untergräbt. Allein die Sowjetunion hat durch den Mund des Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission, Armeegeneral Tschujkow, ihre Sympathie zu den Bestrebungen der Deutschen nach einer gesamtdeutschen Beratung erklärt und ihre Hilfe zur Herstellung der deutschen Einheit erneut bekundet.

Die Losung „Deutsche an einen Tisch“ ist darum vom Standpunkt der nationalen deutschen Politik aus gesehen richtig, weil sie den Blick der Deutschen nach innen auf ihre eigene Sache richtet, weil sie dem Leben unseres Volkes entspricht. Der Standpunkt des Bundestages vom 9. März 1951 war falsch, weil er das Gesicht der Deutschen aus ihrer eigenen Angelegenheit heraus auf einen fremden Konferenztisch richtet.

Der Kampf gegen die Remilitarisierung und für den baldigen Abschluß eines Friedensvertrages aber ist eine zwingende Notwendigkeit für die deutsche Nation, die sich durch die verderbbringende Politik der amerikanisch-englischen Imperialisten und ihrer Bonner Vasallen in ihrer Existenz bedroht fühlt.

Es ist höchste Zeit, Maßnahmen zur Rettung der deutschen Nation zu ergreifen. Es geht im wahrsten Sinne des Wortes jetzt um das Schicksal unseres Volkes, um die Zukunft Deutschlands. Washington erfordert von allen verantwortungsbewußten Deutschen sofortige und grundlegende Maßnahmen zur Abwehr des drohenden Unheils. Die erste und dringendste Vorbedingung für die Rettung des deutschen Volkes ist nach wie vor die Verständigung unter den Deutschen selbst.

Darum wandten sich Regierung und Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik an den Bundestag Westdeutschlands mit dem Appell, eine gesamtdeutsche Beratung der Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik und Westdeutschlands einzuberufen zur Besprechung folgender zwei Fragen:

1. Über die Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen für eine Nationalversammlung zur Schaffung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden Deutschland.
2. Über die Beschleunigung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland.

Die Deutsche Demokratische Republik ist bereit und bemüht, alle Widerstände zu beseitigen, um eine Verständigung in diesen Punkten herbeizuführen. Es ist notwendig, alle Fragen der einen großen Aufgabe unterzuordnen: Den Krieg zu verhindern und dem deutschen Volke endlich einen Friedensvertrag zu geben.

Die Herbeiführung einer Verständigung über die beiden Grundfragen der deutschen Nation:

Einheit und Friedensvertrag

wird die drohende Gefahr des Untergangs des deutschen Volkes abwehren und ein neues Deutschland schaffen, das sich einig und stark dem friedlichen Aufbau widmet. In kurzer Zeit werden dann die Wunden des Krieges geheilt und die zerstörten Städte wiederaufgebaut werden. Das Elend der Erwerbslosen, der Rentner und der Umsiedler wird rasch beseitigt, und vor allem wird der ganzen deutschen Jugend eine sichere Zukunft gegeben werden. Das deutsche Volk wird in der Lage sein, mit allen Völkern friedliche Beziehungen zu pflegen und im freien Warenaustausch für sein und anderer Völker Wohl zu wirken. Das deutsche Volk wird nach Jahren des nationalen Haders und der Zerstörung, nach Not und Elend durch seine qualifizierte Arbeit und seine kulturellen Leistungen wieder seinen Platz unter den friedliebenden Völkern der Erde einnehmen und seinen Beitrag zur Weltkultur leisten.

Mit diesen Aufgaben und Zielen vor Augen geht die Deutsche Demokratische Republik auch im dritten Jahre ihres Bestandes an die Arbeit.